

Die Jungen und der Jungarbeiter

Am 20. Mai werden 3 Millionen junger Wähler zum ersten Male an die Urne treten. Drei Millionen, die ausgemacht sind in den Jahren des Krieges, als ihre Väter in den Schützengräben Handen, in den Jahren der Revolution, als die Arbeiterkämpfe auf den Barricaden Hand und den Kampf um ihre Bestimmung führten. Mit allen Mitteln kämpfen die bürgerlichen Parteien um die Stimmen dieser jungen Wähler. Sie machen Versprechungen über Versprechungen, doch um sie ebenso wie in der vergangenen Parlamentsperiode zu verraten.

„Die Jugend ist vor der Ausbeutung zu schützen“ (Art. 122 der Reichsverfassung)



Zwölfjähriger Junge, der für geringes Geld täglich mehrere Stunden arbeiten muß

den, sondern auch die Millionen junger Proletarier, denen der bürgerliche Staat zwar das Recht gibt, sich ausbeuten und unterdrücken zu lassen, denen er aber das Stimmrecht vorenthält.

Mit besonderer Schärfe richteten sich die Angriffe der Bürgerblockregierung und des letzten Reichstages, der nichts weiter als ihr gefügiges Instrument war, gegen die arbeitende Jugend. Nicht nur, weil sie hier die schwächste Stelle in der Front der Arbeiterschaft zu finden glaubt, sondern auch, weil die Masse der Jugendlichen für sie eine große Bedeutung hat, besonders in Anbetracht eines kommenden Krieges, wo es gerade die Jugend sein wird, die als Kanonensfutter für die Profitinteressen der herrschenden Klassen dienen soll. Drei Gesetze sind es vor allem, die besonders die Jugend angehen.

Das Gesetz gegen Schmutz und Schund.

Den Reigen der reaktionären Gesetze gegen die Jugend eröffnet das Gesetz gegen Schmutz und Schund des demokratischen Innenministers Kütz. Dieses Gesetz ist der erste Angriff auf die Freiheit des Wortes und der Presse. Durch dieses Gesetz können alle revolutionären Schriften und Zeitungen für die Jugend verboten werden und ganz aus dem öffentlichen Leben ausgeschaltet werden. Schriften, die auf die Schmutz- und Schundliste gesetzt werden, dürfen an Jugendliche nicht verkauft und dürfen nicht öffentlich angepöbeln, ausgelegt und angeboten werden.

Das Gesetz zum Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten.

Dieses Gesetz ist vom Reichstag noch nicht verabschiedet. Der Reichsrat schlägt einige Änderungen vor, die es notwendig machen, daß das Gesetz erneut vom Plenum des Reichstages beschlossen wird. Dadurch, daß dieses Gesetz das Verbot von Veranstaltungen sowohl künstlerischer wie anderer Natur (z. B. auch Jugendweihen) erlaubt, ist es ein erster Angriff auf das Vereins- und Versammlungsrecht der arbeitenden Jugend. Mit Annahme dieses Gesetzes wird es jeder Polizeibehörde freigestellt, alle Veranstaltungen des Jungproletariats zu verbieten und so ihr öffentliches Auftreten unmöglich zu machen. Es besteht kein Zweifel, daß auch der neue Reichstag dieses vom Bürgerblock vorbereitete Gesetz annehmen wird.

Wie sich das Lustbarkeitsgesetz auswirken wird, zeigen am besten die Zustände in Bayern und Württemberg, wo mit allen Schikanen die revolutionären Jugendorganisationen, der Kommunistische Jugendverband und der Jung-Spartakus-Bund verboten werden und ihnen ein öffentliches Auftreten so gut wie unmöglich gemacht wird.

Das Reichsschulgesetz.

Es ist dies das dritte Gesetz gegen die Jugend, das vom Innenminister Reudell dem Reichstag vorgelegt wurde. Es sieht die vollständige Auslieferung der Schule an die Kirche vor. Die geistliche Schulaufsicht soll wieder eingeführt werden, die Einheit der Schule soll wieder erreicht werden durch die Trennung der Kinder nach Konfessionen. Wenn dieses Gesetz der Kinder nach Konfessionen ist, so ist die Gefahr auch noch nicht abgemindert, so ist die Gefahr der Schulverfassung noch nicht gebannt und die Jungarbeiterkämpfe hat allen Anlaß, auf der Hut zu sein und den energischsten Kampf zu führen gegen die Leute, die die arbeitende Jugend durch religiöse Verdrümmung zu billigen Arbeitsklaven und Kanonensfutter für kommende Kriege erziehen wollen. Welche Erfolge der Klerus auf diesem Gebiete schon aufzuweisen hat, zeigt u. a. die Tatsache, daß

in einem Teil der Berufsschulen der Religionsunterricht schon Eingang gefunden hat.

„Die Jugend ist gegen Ausbeutung sowie gegen fittliche und geistige Verwahrlosung zu schützen.“ (Artikel 122 der R.-Verf.) Der Reichstag hat nichts unternommen, um die Jugend gegen Ausbeutung zu schützen. Dagegen hat er sich der „fittlich verwahrlosten“ Jugend im weitesten Maße „angenommen“, wobei er unter fittlicher Verwahrlosung die revolutionäre Jugend versteht, wie schon die oben angeführten Gesetze beweisen. Für die fittliche Hebung des Volkes, insbesondere der Jugend, werden mehr als 600.000 Mark ausgeworfen, aber die Entwürfe der Kommunistischen Partei auf Errichtung von Jugendheimen wurden von diesem Reichstag abgelehnt. Es versteht sich von selbst, daß diese Gelder verwendet werden für mörderische Zwecke, um die Jugend der Kirche und den Pfaffen auszuliefern. Wie der Reichstag für die Jugend sorgt, dafür sind auch die Zahlen charakteristisch, die er für die Erziehung der Jugendhilfe ausgibt. Für

Studentenwirtschaftshilfe wurden 1,8 Millionen Mark ausgegeben.

Für Fortbildungsschulwesen und Erziehungszwecke 300.000 M., also weniger als 10 Proz. obiger Summe. Das sind einige Ziffern aus dem Etat des Bürgerblocks. Nicht anders in Preußen, wo die Jugendfürsorge in den Händen des laib. Zentrums liegt.

Es war aber gerade die Zeit der Herrschaft des Bürgerblocks, in der die Ausbeutung der Jugendlichen gewaltig verschärft wurde. Die Rationalisierung zog Tausende neuer Jungarbeiter in den Produktionsprozeß, die zum Teil die erkrankten Arbeitersträße verdrängten. Die Jollpolitik brachte eine Erhöhung der Preise, mit der die Erhöhung der Löhne längt nicht Schritt hielt. Die Zahl der Jugendelbstmorde ist auf 167 gestiegen; die Kinderarbeit breitete sich aus und hat vor allem in der Landwirtschaft katastrophale Ausmaße erreicht. In einer Umfrage wurde festgestellt, daß jeder 8. Jungarbeiter und jede 7. Jungarbeiterin Sonnenscheinarbeit leisten muß.

Die Bürgerblockregierung hat alles getan, um die Ausbeutung der Jugend zu erleichtern, nichts aber, um sie zu verhindern und zu hemmen. Hier ist in erster Linie zu nennen das Arbeitszeitgesetz, das

für Jugendliche unter 16 Jahren einen 10. bis 11stündigen Arbeitstag

und für Jugendliche über 16 Jahren einen 12. bis 14stündigen Arbeitstag erlaubt und praktisch alle Bestimmungen über Begrenzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden aufhebt.

An zweiter Stelle ist hier zu nennen der Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes, der dem kommenden Reichstage vorliegen wird. Dieses Berufsausbildungsgesetz bringt so gut wie keine Verbesserungen für den Lehrling. Ein großer Teil der Lehrlinge, nämlich alle, die in der Landwirtschaft und in landwirtschaftlichen Nebenbetrieben beschäftigt sind, sind vom Gesetz einfach ausgeschlossen. Die Frage des Minderjährigens wird vorwiegend umgangen (die Unternehmer haben natürlich sofort gelodert, daß das Minderjährigensrecht ausdrücklich im Gesetz festgelegt wird). Garantien für eine richtige und gute Berufsausbildung fordert der Gesetzentwurf nicht, dagegen steht er vor, daß die

Lehrlinge mit häuslichen Arbeiten im Haushalt des Lehrherrn

beschäftigt werden können. Ebenfalls verlangt er, daß der Lehrherr dem Lehrling außerhalb der Arbeitszeit (1) Zeit gibt (1), den Gottesdienst und Veranstaltungen für die Jugend zu besuchen.

Die Sozialdemokratische Partei und die arbeitende Jugend.

Alle Angriffe des Bürgerblocks auf die Jugend wurden unterstützt von den Demokraten und Sozialdemokraten. Die Gesetze gegen Schmutz und Schund und zum Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten brachte der demokratische Innenminister Kütz im Reichstag ein. Ein Teil der Demokraten stimmte für diese Gesetze. Die Sozialdemokraten beschränkten sich darauf, im Reichstag gegen die Gesetze zu stimmen, aber die Vertreter der Preußenregierung, eine Regierung, in der Sozialdemokraten sitzen, stimmten im Reichstag für das Gesetz gegen Schmutz und Schund und verhielten ihm so zur Annahme. Beim Gesetz zum Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten wurden lediglich im Reichsrat einige Änderungen angenommen, die ganz unwesentlich sind und vom Bürgerblock akzeptiert wurden. Die Sozialdemokraten lehnten die Mißtrauensanträge der Kommunisten gegen den Innenminister Kütz ab oder enthielten sich der Stimme. Auch

gegen die Regierung des Bürgerblocks führten die Sozialdemokraten keinen ernsthaften Kampf. Sie betrieben eine Vertuschung der Scheinopposition, die in Wirklichkeit auf eine Unterwerfung der Arbeiterkämpfe hinauszielte. Daß sie gegen die Kirche und für die Förderung der Schule nichts Ernstliches unternommen werden, beweist am besten ihre Politik im Preußenparlament, wo sie mit dem Zentrum in einer Regierung saßen. Die Preußenregierung gibt der Kirche gegenwärtig 72 Millionen Mark Zuschüsse.

Nicht anders steht es um die SAJ aus. Statt die Arbeiterjugend für den Kampf um ihre Forderungen zu organisieren und mobilisieren, haben sie sich dem Reichsausschuß Deutscher Jugendverbände angeschlossen, in dem alle Jugendorganisationen, von der Deutschen Nationalen Volkspartei bis zur Sozialistischen Arbeiterjugend, zusammengeschlossen sind, und wollen mit Hilfe dieser reaktionären Organisationen die Forderungen der Jugendlichen durchsetzen.

Die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges

Die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges wird immer größer. Mit allen Mitteln versuchen die imperialistischen Mächte, eine Krisensituation gegen den Bürgerblock herbeizuführen, die in Wirklichkeit auf eine Unterwerfung der Arbeiterkämpfe hinauszielte. Daß sie gegen die Kirche und für die Förderung der Schule nichts Ernstliches unternommen werden, beweist am besten ihre Politik im Preußenparlament, wo sie mit dem Zentrum in einer Regierung saßen. Die Preußenregierung gibt der Kirche gegenwärtig 72 Millionen Mark Zuschüsse.

Nicht anders steht es um die SAJ aus. Statt die Arbeiterjugend für den Kampf um ihre Forderungen zu organisieren und mobilisieren, haben sie sich dem Reichsausschuß Deutscher Jugendverbände angeschlossen, in dem alle Jugendorganisationen, von der Deutschen Nationalen Volkspartei bis zur Sozialistischen Arbeiterjugend, zusammengeschlossen sind, und wollen mit Hilfe dieser reaktionären Organisationen die Forderungen der Jugendlichen durchsetzen.

Gibt am 20. Mai die Antwort.

Der KJVD und die Kommunistische Partei sind die einzigen Organisationen, die wirklich für die Interessen der arbeitenden Jugend eingetreten sind.

Die Kommunistische Partei ist die einzige Partei, die unter

Die jungen Arbeiter in der Sowjet-Union



Genießen bei vier- und sechsständiger Arbeitszeit eine vorbildliche Ausbildung in Betriebsschulen

ihren Spitzenkandidaten einen Vertreter der Jungarbeiterkämpfe hat. Sie und der KJVD stellen für die Jungarbeiter folgende Forderungen auf:

Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre.

Böbliche Vereinnahmung, und Verfilmungsfreiheit für die proletarische Jugend.

Schulstundentag für alle Jugendlichen unter 18 Jahren, Einbeziehung der Berufsschulen in die Arbeitszeit! Achtstundentag für Jugendliche über 18 Jahre.

Besahnter Biermosenurlaub im Jahre und Unterbringung der Jugendlichen in Ferienheimen.

Obligatorische, unentgeltliche Berufsausbildung für alle Jugendlichen bis zu 18 Jahren.

Aufbau der Berufsausbildung auf den praktischen Unterricht nach den Grundrissen der Arbeitsschule.

Abkündigung der individuellen Lehrverträge und Regelung der Berufsausbildung durch Kollektivverträge, — Zweijährige Lehrzeit.

Schulforderungen:

Gegen die Einführung des reaktionären Reichsschulgesetzes, für die Einheitlichkeit und Weltlichkeit des gesamten Schulwesens.

Wahl von Klassenvertrauensleuten, Schülerräten und Anerkennung derselben durch die Schulbehörden. Mitbestimmungsrecht am Lehrplan und in allen Schultagen.

Die Kommunisten machen den Jungwählern keine Versprechungen, daß der kommende Reichstag diese Forderungen verwirklichen und ihre Lage verbessern wird. Sie legen klar und deutlich die Wahl des Stimmzettels fann das Schicksal der Arbeiterklasse entscheiden. Die Arbeiterklasse und ihre Jugend fann ihre Ziele nur dann verwirklichen wenn sie die Herrschaft der Ausbeuter niederwirft wenn sie die Macht erobert, die Diktatur des Proletariats errichtet. Nur uns ist der Wahlkampf eine Gelegenheit zur Mobilisierung der Massen und die Abgabe des Stimmzettels für die kommunistische Liste eine Vereinskampferklärung zum Kampf.

Gibt dem Bürgerblock und den Koalitionsparteien, den Wehrreitern des neuen Krieges die Antwort. Gebt ihnen die Antwort für die reaktionären Jugendgesetze. Zählt ihnen beim für euer Leben, an dem sie voll und ganz die Schuld tragen.

Wählt am 20. Mai Kommunisten! Kämpft mit uns gegen den imperialistischen Krieg! Für die Verteidigung der Sowjetunion! Für die Forderungen der Jungarbeiterkämpfe! Gegen den Bürgerblock und gegen die reaktionären Gesetze!

Reichsjugendtag des KJVD. in Chemnitz



ein gewaltiger Aumarsch gegen Bürgerblock und Kriegsgefahr

Wehe den Wahnsinnigen die es wagen Sowjet-Russland beim Aufbau zu hindern